

Jahrelang in Deutschland und gut integriert

Zu: „Pflegehelfer droht Abschiebung“, FR-Regional vom 14. Januar

Dringend gebraucht und trotzdem abgeschoben

Ausländer raus! Muss man so die christlich-grüne Migrationspolitik beschreiben? Das Asylverfahren des Betroffenen ist endgültig negativ entschieden worden mit der Folge der Verpflichtung zur Ausreise, es bestand lediglich eine Duldung. Eine Ausreise wurde für den 6.12.2021 festgesetzt, wobei es offensichtlich möglich gewesen wäre, wenige Wochen nach dem festgesetzten Ausreisettermin eine Beschäftigungsduldung zu erhalten, was wohl vermieden werden sollte.

Herr Naveed ist in Deutschland integriert, er ist in der Lage seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen und arbeitet zur Zufriedenheit aller in einer Pflegeeinrichtung, für die dringend – auch im Ausland – Arbeitskräfte

gesucht werden. Humanitäre und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte gebieten dringend, dass der hessische Innenminister Beuth eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Ferdinand Georgen, Wiesbaden

Zu schwierig für unsere Regierung

Es ist unglaublich! Hier beweist unsere Landesregierung ihre Unfähigkeit die angesprochenen Probleme vernünftig anzugehen und zu lösen. Ist es nicht bekannt, dass wir einen Pflegekräftemangel haben? Oder muss einfach mal wieder ein Ausländer abgeschoben werden um zu zeigen, dass wir Deutschen auch abschieben können, wenn das Aufenthaltsrecht abgelaufen ist? Oder interessieren sich die hessischen Landespolitiker nicht für

dieses Thema? Fühlen sie sich für den beschriebenen Einzelfall nicht zuständig? Oder ist das Thema zu kompliziert?

Im Artikel sind rechtlich machbare Lösungsmöglichkeiten angesprochen. Eine Pflegekraft im Jahr 2022 aus Hessen abzuschieben ist so absurd, dass mir die passenden Worte fehlen.

Eine sinnvolle Lösung wäre, das Potenzial an Ausländern/innen für Bereiche mit Arbeitskräftemangel zu nutzen und engagierte Menschen hier arbeiten zu lassen. Daneben könnte man auch humanitär denken und Menschen, die bereits jahrelang in Deutschland leben und sich integriert haben, ein Aufenthaltsrecht zusprechen. Ist diese Gedankenwelt zu schwierig für unsere regierenden hessischen Landespolitiker von CDU und den Grünen? Günter Riechers, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Eine Affinität zu Gewalt und Folter

Zu: „Grausamkeiten im Namen Assads“, FR-Regional vom 20. Januar

Stefan Behr hat bei der Frage, ob Christsein als Motiv zum grausamen Töten „im Namen Assads“ als Erklärung dienen kann, in ein Wespennest gegriffen: Schon das Kreuzsymbol mit dem grausam gefolterten Christus legt eine Affinität nahe. Und leider auch der spätere Auftrieb zur römischen Machtkirche mit der Lizenz, grausam zu töten: Seien es bekehrungsunwillige Sachsen, „Ketzer“, „Hexer“ oder „Hexen“.

Auch in jüngerer Vergangenheit haben die Kirchen meist die kollaborierende Nähe der Tyrannen gesucht: sei es Papst Pius XII. und deutsche Bischöfe bei Adolf

Hitler, sei es der serbisch-orthodoxe Patriarch bei Milošević und Karadžić. Und zuletzt indirekt der Moskauer Patriarch bei Putin, der dem Tyrannen Assad geholfen und ermöglicht hat, „sein“ Volk weiter zu bombardieren und in Folterkellern zu martern. Bei ausgeklügelten Foltern dürfen sich natürlich wichtigtuere Ärzte und Psychologen besonders hervortun: In Auschwitz Himmeler und Hitlers Dr. Josef Mengele, im bosnischen Serbien waren Foltertyrann und Arzt in der Person Dr. Karadžić verschmolzen. Im Guantánamo George W. Bushs zwei Psychologen und in Syrien

Assads Folterarzt Alaa M., der sich derzeit vor dem OLG für seine perversen Grausamkeiten verantworten muss.

Mir genügen als Erklärung ausgeklügelte Foltermorde eine Identifizierung mit grausamer Macht, rassistische Verblendung und Geltungssucht. Psychopathologisch könnte man jeweils eine schwere Persönlichkeitsstörung feststellen mit Anteilen von Verfolgungs- und Größenwahn. Und die neigt im Gegensatz zur „richtigen Schizophrenie“ in entsprechenden Zeiten zur seuchenartigen Verbreitung.

Claus Metz, Bad Vilbel

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220131

Niemand ist gezwungen

Buchmesse: „Rechtsradikale ausschließen“, FR-Regional vom 22.1.

Die Frankfurter Buchmesse soll Verlagsprogramme prüfen lassen, sagt Jutta von Dittfurth. Ein wichtiges Gut unserer Demokratie ist die Meinungsfreiheit. Dabei kann es passieren, dass einem nicht jede Meinung schmeckt. Die Frankfurter Buchmesse sollte sich hier, wie geschehen, grundsätzlich von niemandem erpressen lassen. Schließlich wird in diesem Land niemand gezwungen, an der Messe teilzunehmen.

Natürlich muss sich auch eine Frankfurter Buchmesse mit Inhalten und Radikalität befassen – aber dann bitte mit allen Ausprägungen der Radikalität, mit linken und rechten und religiösen. Denn jede dieser Formen von Radikalität, das lehrt uns die Geschichte, verachtet auf ihre Weise die offene, demokratische Gesellschaft und die Meinungsfreiheit. Die richtige Überschrift ihres Artikels müsste also heißen: Radikale ausschließen!

Bertram Hock, Oberursel

Der Kern des Problems

Zu: „Höchste Zeit für den Artenschutz“, FR-Regional vom 22. Januar

Jede Bemühung um Artenschutz ist zu begrüßen. Der Vortrag von Frau Prof. Böhning-Gaese im Digitaltalk des Senckenberg Fördervereins war sehr allgemein gehalten und hatte nicht den „Aufrüttel-effekt“, der wünschenswert gewesen wäre. Es fehlten mehrere Aspekte. Zum einen der deutsche Beitrag durch die heimische Chemie-Industrie, allen voran Bayer, durch Kauf von Monsanto führend in der Vergiftung großer landwirtschaftlicher Flächen unter dem Mäntelchen „Ernährung der Menschheit“ mit der jahrelangen Unterstützung unserer Regierung durch die Förderung von Glyphosat und Nicotinoiden. Zum anderen gab es keinen Bezug zur Situation hier im Land.

Es hätte gesagt werden müssen, dass der Beginn des Desasters die sogenannte Flurbereinigung war, die Zusammenlegung von Flächen, Einebnung von Kleingewässern, Feldgehölzen, Sumpfgelände, Mooren usw. Ein Spaziergang durch die Felder nördlich von

Frankfurt zeigt, wie katastrophal die Lage ist. Da ist der Rückgang der Vogelwelt um 17 Prozent der Vogelarten, aber es ist schlicht fast nichts mehr da.

Dann der Hinweis auf den Legacy Landscape Fund zum nachhaltigen Schutz der Ökosysteme in 30 Hotspots. Was soll das? Organisationen zum Schutz von allem Möglichen gibt es zur Genüge. Die Menschheit lebt nicht in Hotspots, sondern breit gefächert überall auf dem Planeten, und wenn es nicht gelingt, die Lebensverhältnisse allgemein auf dem Planeten auf eine halbwegs natürliche Basis zurückzuführen, geht das Ganze den Bach runter.

Aus meiner Sicht traf der Vortrag nicht den Kern des Problems, sondern lief im gleichen Rahmen wie alles heute: Es ist Zeit zu handeln, um die Biodiversität zu retten. Ja, wir schaffen das – wenn alle mitmachen. Also reiner Merkelsismus. Nur: Wir schaffen das nicht, weil kaum einer mitmacht. Die Interessen der meisten sind eben andere. Jürgen Winter, Schöneck

Wunden sollen heilen

Zu: „Kein Geld für Langen Franz“, FR-Regional vom 21. Januar

Das Totschlagargument, dass kommunale Gelder an anderer Stelle dringender gebraucht würden, hätte schon viele Projekte verhindert: Römerberg Ostzeile, Alte Oper, Neue Altstadt nur als einige Beispiele. Glücklicherweise konnten sich letztlich kultur- und geschichtsbewusste Politiker und engagierte Bürger, denen das Bild ihrer Stadt am Herzen liegt, durchsetzen und einige Wunden reparieren, die der Zweite Weltkrieg der einst so schönen Stadt Frankfurt geschlagen hat. Hierzu gehört hoffentlich auch der Helm des „Langen Franz“ und wünschenswerter Weise auch des kleinen Rathausturmes.

Sicher wird immer Geld an anderer Stelle dringender benötigt, aber wenn nur noch Projekte in Angriff genommen werden, die unabdingbar notwendig sind, bleibt in der Konsequenz das gesamte kulturelle Leben auf der Strecke oder wird einzig vom Mäzenatentum getragen.

Ich erinnere mich noch gut an die Skandalisierung der Baukosten für den Wiederaufbau der Alten Oper, die um die 200 Millionen D-Mark betrug. Darüber spricht heute niemand mehr. Man ist stolz darauf, einen derart attraktiven Veranstaltungsort zu haben. Von der Bedeutung der Architektur für den Opernplatz ganz zu schweigen.

Die Sammellaktion des Brückenbauvereins beweist das Interesse der Bürgerschaft an der Wiederherstellung des Rathausturmes. Darum sollte sich auch die Stadt angemessen beteiligen.

Bernd Herrmann, Frankfurt

Internet für den Magistrat

Zu: „Keine Erfassung des Parkdrucks“, FR-Regional vom 7. Januar

Wenn Blindenleitsysteme zugeparkt werden, wenn direkt vor dem Fußgängerüberweg im ausgeschalteten absoluten Haltverbot geparkt wird, wenn die Kfz in Kurvenradien stehen, so dass für Radfahrer die Sicht in den Kreuzungs- oder Einmündungsbereich stark eingeschränkt ist, wenn abgesenkte Bordsteine zugestellt sind, wenn abgepollerte Bereiche gerade im Einmündungs- oder Kreuzungsbereichen beparkt werden... Wann wacht die Stadt Frankfurt auf und nimmt die Debatte über den „Parkdruck“ endlich wahr und ernst? Mir scheint eher, der politische Wille ist mal wieder nicht vorhanden.

Und wenn „der Magistrat in Frankfurt nach eigenen Angaben noch nichts gehört“ hat von der Kieler Studie ‚Parkraumuntersuchung und -bewirtschaftung‘ von 2021, sollte man dem Magistrat mal einen Internetanschluss legen und ihn mit der Technik von Suchmaschinen vertraut machen.

Hans Dietmar Jäger, Frankfurt

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert zieht mit Dominike Pauli, Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Römer, eine Zwischenbilanz der neuen Regierungskoalition im Frankfurter Römer, Anmeldung/Platzreservierung über Formular, Teilnahme per Video: club-voltaire.de/video
Donnerstag, 10. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Pitt von Bebenburg spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungswoche 2022. Informationen und Anmeldung unter: interkulturellewoche.de/Tagung2022
Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr